

AfD Sachsen: Abschaffung des 500-Euro-Scheins falsches Signal!

Dresden, 5. Mai 2016

Die AfD Sachsen hat die jetzt beschlossene Abschaffung des 500-Euro-Scheins als völlig falsches finanzpolitisches Signal kritisiert. Für Generalsekretär Uwe Wurlitzer beweist dieser weitere Einschnitt in die persönliche Freiheit der Bürger, wie berechtigt die Sorge der AfD und deren Kampf gegen die Willkür der undemokratisch agierenden, abgehobenen Politiker der Konsensparteien ist: „Bargeld ist geprägte und gedruckte Freiheit. Erst vor wenigen Tagen bellten die Mitglieder aller anderen Landtagsfraktionen noch gegen den AfD-Antrag, der den Erhalt von Bargeld beinhaltete, dass eine Abschaffung dessen überhaupt ‚kein Thema‘ sei. Die nun ins Spiel gebrachte Abschaffung des 500-Euro-Scheines ist jedoch der erste Schritt dazu.“

Dazu passen Medienberichte, dass die Abschaffung ein weiterer Kotau Europas vor den USA ist, so Wurlitzer. „Die Presse hatte berichtet, dass die USA zu diesem Schritt gedrängt hätten, um den Euro als Reservewährung gegenüber dem Dollar zu schwächen. Die Mehrkosten für die nun benötigte zusätzliche Menge von 100- und 200-Euro –Scheinen, beliefen sich auf 500 Millionen Euro. Die EU und die EZB müssen dringend entmachtet, das Volk bei solchen Entscheidungen, die es massiv betrifft, per Volksentscheid eingebunden werden. Zeit für Veränderungen, Zeit für die AfD.“

Für Rückfragen:

Dr. Thomas Hartung
stellv. Landesvorsitzender/Kommunikation
0163/4013084
thomas.hartung@afdsachsen.de

Der AfD-Landesverband Sachsen wurde am 28.04. 2013 gegründet und hat derzeit über 1200 Mitglieder. Landesvorsitzende ist die Leipziger Unternehmerin Dr. Frauke Petry (40). Die AfD fordert eine Neuordnung des Asyl- und Migrationsrechts mit sofortigem Stopp der unkontrollierten Einwanderung. Sie verlangt die geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbände, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards sowie ein bezahlbares Energiekonzept. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.